

Beschluss:

Insektenschutz durch Kooperation – Nachhaltiger und effektiver.

Der Kreisverbandsausschuss am 21.05.2021 hat beschlossen:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- Das Insektenschutzgesetz in seinem aktuellen Entwurf darf keine Zustimmung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion finden.
- Die Pflanzenschutzanwendungsverordnung muss gestoppt und überarbeitet werden.
- Mögliche Maßnahmen müssen alle Branchen umfassen.
- Es muss eine fortlaufende Bewertung durch Runde Tische geben.
- Ausnahmeregelungen für landwirtschaftliche Eingriffe in Naturschutzgebieten (bspw. bei Schäden durch invasive Arten).
- Eine gesetzliche Absicherung eines Entschädigungsanspruches bei Eingriffen.
- Öffnungsklauseln, um länderspezifische Anpassungen zu ermöglichen.
- Die Kooperationspflicht von Vertragsnaturschutz mit Landnutzern in FFH (Flora-Fauna-Habitat) und Naturschutzgebieten.

Begründung:

In der Debatte um das Insektenschutzpaket des Bundes ist viel Vertrauen verloren gegangen. Die Landwirtschaft würde durch viele der Vorschläge im kommenden Bundesgesetz einseitig und erheblich mehrbelastet und eingeschränkt werden. Die wochenlangen Proteste der Landwirtschaft in Berlin verdeutlichen dies unverkennbar. Dabei werden in der Wissenschaft der Landwirtschaft rund 23 % der Ursache für Insektenschwund zugerechnet und 77 % anderen Ursachen wie Lichtverschmutzung, Versiegelung oder Verkehrsemissionen.¹

Insektenschutz ist ein wichtiges Ziel zur Stärkung und zum Erhalt der Artenvielfalt. Zudem braucht es einen gesamtheitlichen Ansatz über die verschiedenen Emittenten von Licht, Giftstoffen usw., um dies effektiv zu erreichen. Das geht allerdings nur mit der Landwirtschaft und allen anderen Betroffenen. Der kooperative Ansatz ist unabdingbar.

¹ CDU/CSU-Bundestagsfraktion